



An die Vorsitzende des Rates
Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin:

AN/0159/2019

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	14.02.2019

Familienfreundlichen Köln – Kita-Ausbau in Köln stärken

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Suche nach einem passenden Kita-Platz ist für zahlreiche Kölner Familien ein Thema, das sie ab der Geburt eines Kindes beschäftigt und in vielen Fällen mit Sorgen plagt. Die Relevanz der frühkindlichen Bildung in der Bildungskette verpflichtet die Kommune dazu, hier ein ausreichendes und qualitativ hochwertiges Angebot zu schaffen, um allen Kindern gute Bildungschancen von Anfang an zu eröffnen.

In der Umsetzung des Kita-Ausbaus, stellt sich häufig nicht die Frage des politischen Willens hierzu, sondern die Frage der praktischen Umsetzbarkeit – Flächen müssen gefunden werden und für Kita-Bau zur Verfügung stehen, die Mehrfachnutzung von Flächen für unterschiedliche Bildungszwecke oder damit kombinierbare soziale Zwecke muss vorangetrieben werden und nicht zuletzt müssen alle Bereiche in der Stadtverwaltung Hand in Hand arbeiten, um die gesteckten Ausbauziele zu erreichen.

In der Ratssitzung am 06.02.2018 wurde daher auf Initiative der SPD-Fraktion einstimmig der folgende Beschluss gefasst:

„Am 28.06.2016 hat der Rat den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-jährige in einem ersten Schritt in Höhe einer 50%igen Versorgungsquote bis zum Kindergartenjahr 2020/21 und in einem zweiten Schritt in Höhe einer 52%igen Quote in den Folgejahren beschlossen. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die aktuelle Versorgungslage fordern wir die Verwaltung auf, in den aufgelisteten Handlungsfeldern wie folgt tätig zu

werden:

Beschluss:

Handlungsfeld Stadtplanung/Stadtentwicklung/Liegenschaften

- *Die Verwaltung wird bekräftigt, weiterhin intensiv mindergenutzte Flächen dahingehend zu überprüfen, ob sie für eine Kita-Nutzung umgewidmet werden können. Informationen zu Baulücken sowie nutzbaren Flächen entlang ursprünglich festgesetzter Bebauungslinien (Fluchtlinien) sind dem zuständigen Amt zur Verfügung zu stellen.*
- *Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen für neue Baugebiete sind weiterhin in ausreichendem Maße Kita-Flächen vorzusehen und auszuweisen. In die Bedarfsermittlung sollen auch die Entwicklungen angrenzender Wohnungsgebiete ebenso wie die sich z. B. durch Generationenwechsel verändernden 50er/60er-Jahre-Siedlungen einbezogen werden.*
- *Im Rahmen der Vermarktung städtischer Flächen für den Wohnungsbau ist weiterhin und nachhaltig durch die Verwaltung zu prüfen, ob im Erdgeschoss Kita- oder Großtagespflege-Nutzungen umgesetzt werden können.*
- *Die im Rahmen der Identifizierung von neuen Flächen für den Wohnungsbau abgelehnten Flächen sollen auf ihre Nutzbarkeit als Kita-Flächen überprüft werden.*
- *Das städtische Vorkaufsrecht ist auch für Kita-Flächen dringend zu nutzen.*

Handlungsfeld Stadtplanung und Wirtschaft

- *Die Verwaltung wird gebeten, dauerhaft brachliegende Einzelhandelsflächen – beispielsweise leerstehende Ladenlokale – zur Nutzung für Kitas oder Großtagespflege zu überprüfen und auch das Nachnutzungsinteresse von Eigentümern in Erfahrung zu bringen und entsprechend auf diese einzuwirken.*
- *Insbesondere wird die Verwaltung gebeten, ihre Bemühungen und Gespräche mit Unternehmen zur Gründung von Betriebs-Kitas zu verstärken. Hierbei sollen auch die Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerkskammer einbezogen werden.*

Handlungsfeld Stadtplanung und Umwelt/Grün

- *Die Verwaltung wird beauftragt, zu überprüfen, ob und an welchen Stellen mobile Lösungen am Rande von Grünflächen zur Kita-Nutzung möglich*

sind. Dabei gilt es das Konzept der Kita, Aspekte des Denkmalschutzes und Landschaftsschutzes zu beachten.

Handlungsfeld Stadtplanung und Sport / Schule / Soziales und Senioren

- *Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen,
- beim Neubau von Schulen, zusätzlich Kitas auf dem jeweiligen Gelände unterzubringen;
- bei der Sanierung bzw. dem Neubau von Vereinsheimen von Sportvereinen Kitas mit diesen zu kombinieren;
- in Kombination mit oder auf Flächen von Seniorenzentren /-wohnheimen privater und städtischer Träger Kitas zu bauen bzw. anzubauen.*

Handlungsfeld Jugendhilfe / Kita-Bau

- *Die Verwaltung wird beauftragt, eine intensive Aufklärungsarbeit zur Großtagespflege aufzulegen. Zudem soll die Akquise von Grundstücken für den Kita-Bau durch eine gezielte Ansprache von Investoren und Eigentümern sowie durch weitere geeignete Maßnahmen intensiviert werden. Hierbei sollen auch Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerkskammer und auch die derzeitigen Anbieterinnen/Anbieter von Tagespflegen eingebunden werden.*
- *Die Träger sollten unterstützt und gefördert werden, ihre derzeit bestehenden Kindertageseinrichtungen weiter auszubauen und zu erweitern.*

Handlungsfeld Gesetzgeber

- *Land und Bund werden aufgefordert, Fördermittel zur Verfügung zu stellen, mit denen kommunale Netzwerke und Beratungsstrukturen weiter gefördert werden können und das Projekt „Familienfreundliche Gewerbegebiete“ neu aufgelegt werden kann.*
- *Das Land wird ersucht, kreative Lösungen beim Kita-Bau oder auch Umbau (wie z. B. Bauen in Holzbauweise, Kitas auf Dächern bestehender Gebäude, Kitas auf dem Wasser, Küchenumbauten) zu ermöglichen.*

Die Fortschritte in den Handlungsfeldern sind zu dokumentieren und jährlich den Ausschüssen Jugendhilfe, Stadtentwicklung, Liegenschaf-

ten, Schule und Weiterbildung, Sport sowie Umwelt und Grün vorzulegen.

Die SPD-Fraktion bittet daher um Beantwortung folgender Fragen:

1. Was hat die Verwaltung in den einzelnen Handlungsfeldern unternommen und was beabsichtigt die Verwaltung in der Zukunft zu unternehmen, um das drängende Problem des Kita-Ausbaus in allen Bereichen der Verwaltung gezielt voranzutreiben?
2. Welche Rückmeldungen liegen bislang aus der Kommunikation mit der Landesregierung vor?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin